



über die  
1. Sitzung des Straßenverkehrsausschusses  
am Dienstag, dem 06.03.2007  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr  
Ende: 17:55 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Christel Ciecior  
Frau Britta Dreher  
Frau Ute Ebeler  
Herr Wolfgang Gockel  
Frau Astrid Gube  
Frau Ursula Müller  
Herr Werner Schlüter  
Herr Hans-Jürgen Senne  
Herr Günter Stahlhut  
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Rainer Fuhrmann  
Herr Wilhelm Kemna  
Frau Susanne Middendorf  
Herr Karl-Adolf Schneider  
Herr Wilfried Weigel  
Herr Martin Wilhelm

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Hans-Peter Kaminski

Sachverständige gem. Beschluss des Straßenverkehrsausschusses

Herr Manfred Grod  
Herr Ulrich Lenz  
Herr Norbert Mannke  
Herr Wolfgang Schmücker

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

#### Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann  
Herr Jörg Grudnio  
Herr Norbert Koßmann

#### Gäste

Herr Martin Boss, Firma GVT  
Herr Greif, VKU

#### Entschuldigt fehlten

Herr Robert Biedermann  
Herr Manfred Böttcher  
Herr Andreas Feld  
Herr Uwe Frank  
Herr Andreas Friedhoff  
Herr Thomas Stoltefuß

Herr **Stahlhut** begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladungen sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Herr Stahlhut die Verpflichtung des stellvertretenden Sachverständigen für die VKU, Herrn Greif, vor.

Die Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte ergab sich nicht.

### A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Phasenschaltungen der Lichtzeichenanlagen im Kreuzungsbereich B 233 (Hochstraße) / B 61 (Lünener Straße) und in dem versetzten Kreuzungsbereich Auf dem Spiek / Kämertorstraße / Westring / Nordring / Stormstraße hier: Bericht der Fachfirma Gesellschaft für Verkehrstechnik	
2	Ausschilderung der Pestalozzistraße als Einbahnstraße	005/2007
3	Bürgeranregung auf Anlegung eines Fußgängerüberweges im Bereich des Kreisverkehrs Derner Straße / Hammer Straße / Ostenallee / Oststraße	004/2007
4	Verkehrsbelastung Werver Mark hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2007	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Phasenschaltungen der Lichtzeichenanlagen im Kreuzungsbereich B 233 (Hochstraße) / B 61 (Lünener Straße) und in dem versetzten Kreuzungsbereich Auf dem Spiek / Kämertorstraße / Westring / Nordring / Stormstraße hier: Bericht der Fachfirma Gesellschaft für Verkehrstechnik

Herr **Stahlhut** begrüßte Herrn Boss und stellte ihn den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses als Chef der Fachfirma Gesellschaft für Verkehrstechnik vor.

Herr **Boss** stellte anhand einer Diaprojektion die beiden Knotenpunkte vor, in denen Verbesserungen gewünscht würden.

Auf die beiden Kreuzungspunkte eingehend teilte er mit, dass die Kreuzungspunkte bei normaler Verkehrsbelastung verkehrstechnisch koordiniert geschaltet sind. Ansonsten seien sie während der Hauptverkehrszeiten einzeln verkehrstechnisch autark geschaltet.

Die letzte Phasenänderung sei im Jahr 2001 aufgrund gestiegener Verkehrsbelastungen in den Hauptverkehrszeiten vorgenommen worden. Eine weitere Verbesserung sei mit der augenblicklichen Software nicht zu erreichen.

Um die Problematiken generell in den Griff zu bekommen, müssten Verkehrszählungen an den Kreuzungspunkten erfolgen und auf Grundlage dieser Zahlen ein Gutachten erstellt werden, welches auch die Situation auf der Hochstraße im weiteren Verlauf in Fahrtrichtung Unna berücksichtigen müsse.

Die Problematik des Rückstaus auf der Lünener Straße vor der Kreuzung Hochstraße/Westring in den Hauptverkehrszeiten könne, wie bereits dargestellt, nicht mehr signaltechnisch gelöst werden. Dies sei des Öfteren überprüft worden.

Eine Verbesserung könne zurzeit lediglich eine bauliche Maßnahme erwirken.

Wie bei einem Ortstermin Anfang Februar 2007 festgestellt worden sei, könne hier eine geringfügige Verbesserung durch Ummarkierungen erreicht werden.

Im Einzelnen sei die Geradeausspur in Richtung Minikreisverkehr Lünener Straße sehr breit dimensioniert. Durch Versetzen der Fahrspuren und Verkleinerung der Geradeaus- wie der Linksabbiegespur (geringfügig) könne die Rechtsabbiegespur in Richtung Unna durch Markierungsmaßnahmen erweitert und verlängert werden.  
Dies würde eine Verbesserung bewirken.

Herr **Wilhelm** fragte an, wie viel Fahrzeuge durch die angedachte Verbesserung mehr nach Unna abbiegen könnten.

Herr **Boss** erwiderte hierzu, dass in den verkehrsärmeren Zeiten einige Fahrzeuge mehr in Richtung Unna abfließen könnten. In den Hauptverkehrszeiten sei dies leider nicht möglich.

Herr **Kaminski** vertrat die Auffassung, dass der Verkehr in Richtung Bergkamen weniger Zeit bekommen könne. Durch eine geänderte Schaltung könne dann die Fahrrichtung Unna mehr Grünlicht bekommen. Ferner seien die Fußgängerphasen am Fußgängerüberweg von der Lünener Straße über den Westring zu kurz geschaltet.

Bezüglich der Verlängerung der Fußgängerphase sei in der Vergangenheit öfters berichtet worden, so Herr **Brüggemann**. Tatsache sei, dass Fußgänger, wenn sie hier die Mittellinie überschritten haben, auch bei Rotlicht weiter gehen dürften und die Kraftfahrzeuge warten müssten.  
Ansonsten müssten sie auf der Fußgängerschutzinsel in der Fahrbahnmitte auf neues Grünlicht warten.

Herr **Greif** wies darauf hin, dass bei einer Ummarkierung die Situation für die Busse der VKU, die aus dem Gelände nach links in die Lünener Straße einbiegen müssten, berücksichtigt werden müsse.

Dies sei gesehen worden, wurde von Herrn **Boss** hierzu mitgeteilt.

Herr **Knop** fragte an, ob es nicht möglich sei, die Schaltung der Lichtzeichenanlagen der Lünener Straße vor der Kreuzung Westring/Hochstraße so zu ändern, dass einige Spuren zusammengelegt werden könnten.

Herr **Boss** führte hierzu aus, dass dies bereits in der Vergangenheit ausgiebig geprüft worden sei.  
So sei es nicht möglich, zum Beispiel die Rechts- und die Links-Abbiegespur zusammenzuschalten. Zurzeit könnten nur geringfügige Veränderungen in einzelnen Bereichen vorgenommen werden, die aber die generellen Problematiken nicht beseitigen können.  
Wie bereits ausgeführt, müssten neue Berechnungen vorgenommen und der gesamte Bereich neu überplant werden.

Herr **Brüggemann** ergänzte zu dem Beitrag von Herrn Boss, dass zwischen der Stadtverwaltung und der Firma Vorgespräche stattgefunden hätten. Dazu seien erneut sämtliche Fragen aus den bisherigen Sitzungen zu diesem Thema angesprochen worden.  
Die einzelnen Positionen und Problematiken in den erörterten Bereichen seien Herrn Boss bekannt. Einzelne Abschnitte seien vor dieser Sitzung von der Firma GVT nochmals überprüft werden. Es habe sich dabei herauskristallisiert, dass nur noch neue Steuerungstechniken hier Verbesserungen bringen könnten.

Hierzu sei es allerdings notwendig, den gesamten Bereich von einem Ingenieurbüro überplanen zu lassen. Hierbei müssten die Verkehrsbewegungen innerhalb der beiden Kreuzungspunkte vorab festgestellt werden.

Frau **Middendorf** fragte an, wer denn das Gutachten erstellen werde und wie das einzelne Prozedere ablaufe.

Herr **Brüggemann** antwortete hierzu, dass bereits ein leistungsfähiges Ingenieurbüro bekannt sei, welches zurzeit einen Kostenvoranschlag erarbeite. Für die Kosten eines solchen Gutachtens müssten außerplanmäßige Mittel bereit gestellt werden. Anschließend könne die Verwaltung dann das Ingenieurbüro beauftragen.

Herr **Stahlhut** führte abschließend aus, dass die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses verstanden hätten, dass, um optimale Verbesserungen zu erreichen, ein Verkehrsbüro mit der Überprüfung und Überplanung beauftragt werden müsse. Es sei offensichtlich, dass anschließend auch für vorgenommene Änderungen der Schaltungen Haushaltsmittel bereit gestellt werden müssten.

Zu TOP 2.  
005/2007

Ausschilderung der Pestalozzistraße als Einbahnstraße

Eingangs verwies Herr **Koßmann** auf die Vorlage. Er ergänzte, dass der Verwaltung die Problematik seit einigen Jahren bekannt sei und auch schon verschiedene Ortstermine vorgenommen worden seien.

Die Eltern der Kindergartenkinder sollten diese an dem Parkplatz der Marienkirche oberhalb des Kindergartens aussteigen lassen, damit sie die kurze Strecke zum Kindergarten sicher fußläufig zurücklegen können. Obwohl von der Kindergartenleitung die Eltern laufend darauf hingewiesen würden, habe sich leider keine Verbesserung der geschilderten Situationen eingestellt, so dass die Verwaltung im Einvernehmen mit der Polizeiinspektion Nord die Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung vorsehe. Über das Vorhaben seien die Anwohner und die Belegschaft des Kindergartens schriftlich informiert worden. In dieser schriftlichen Mitteilung wurde auch darauf hingewiesen, dass vorab der Straßenverkehrsausschuss beteiligt werden müsse.

In diesem Zusammenhang hätten 3 Anwohner auf die Information der Verwaltung reagiert.

Bedenken gegen die Einrichtung einer Einbahnstraßenführung seien nicht erhoben worden.

Allerdings sei darauf hingewiesen worden, dass die Eltern öfter darauf hingewiesen werden sollten, ihre Kinder an dem Parkplatz der Marienkirche aussteigen zu lassen.

Ferner sollte die Müllabfuhr in den Zeiten einfahren, in denen keine Kindergartenkinder zum Kindergarten gebracht würden sowie kein Verkehr zur Eichendorffschule die Pestalozzistraße befahre.

Weiterhin sei von 2 Anwohnern vorgeschlagen worden, im Bereich des Kindergartens ein Haltverbot auszuschildern. Darüber hinaus solle zur Schaffung einer besseren Durchfahrt ein Blumenkübel am Kindergarten versetzt bzw. entfernt werden.

Herr **Knop** merkte hierzu an, dass seinerseits diese Planung begrüßt werde. Es solle aber das Radfahren in Gegenrichtung der Einbahnstraßenführung zugelassen werden.

Herr **Fuhrmann** merkte an, dass die Ausschilderung von Verboten nicht empfehlenswert sei, da diese ständig überwacht werden müssten.

Herr **Brüggemann** ergänzte zu den beiden Anmerkungen, dass bezüglich der Zulassung des Radverkehrs entgegen der geplanten Einbahnstraßenrichtung die Polizei beteiligt würde.  
Bezüglich der Vorschläge der Anwohner merkte er an, dass diese überprüft worden seien und nicht umgesetzt würden.

Die Mitteilungsvorlage der Verwaltung wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 3.  
004/2007

Bürgeranregung auf Anlegung eines Fußgängerüberweges im Bereich des Kreisverkehrs Derner Straße / Hammer Straße / Ostenallee / Oststraße

Herr **Grudnio** verwies auf die Vorlage und teilte mit, dass der Antragsteller vorab über das Prüfungsergebnis und den ablehnenden Beschlussvorschlag der Verwaltung informiert worden sei. Das sei deshalb geschehen, weil vorab die Einladung samt Vorlagen der Presse zugesandt würde, welche dann möglicherweise auch einen ablehnenden Beschlussvorschlag veröffentlicht hätte. In solchen Fällen sollte der Antragsteller vorab informiert werden, bevor er den Beschlussvorschlag aus der Presse erfahre.

Herr **Kaminski** war der Meinung, dass die Radfahrerführung im Kreisverkehr Derner Straße/ Hammer Straße/Ostenallee/Oststraße genauso vorgenommen werden sollte wie in dem Kreisverkehr an der Bahnhofstraße/Poststraße/Sesekedamm.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass, wie die Aussagen in der Vorlage bewiesen, der in Rede stehende Kreisverkehr sicher sei.

#### **Beschluss:**

Nach Bewertung der Bürgeranregung und Abwägung der tatsächlichen und rechtlichen Situation wird an der bisherigen Verkehrsführung festgehalten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Verkehrsbelastung Werver Mark  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2007

Herr **Koßmann** ging auf die einzelnen Punkte des Antrages wie folgt ein:

Zu 1:

Um den Fragen in dem Antrag gerecht zu werden, sei von der Verwaltung noch in der Zeit vom 01.03.2007, 8.00 Uhr, bis 02.03.2007, 8.00 Uhr (24 Stunden), eine Zählung des Kraftverkehrs mittels Verkehrsmessgerät vorgenommen worden.

Die Zählstelle habe sich an der Straße Werver Mark in Höhe der Seseke-Brücke in Fahrtrichtung Unna befunden.

Wegen der Kürze der Zeit sei es allerdings nicht möglich gewesen, beide Fahrspuren zu messen, so dass das Zählungsergebnis verdoppelt wurde. Es könne daher davon ausgegangen werden, dass das nun vorgestellte Ergebnis tatsächlich um einige hundert Fahrzeuge nach oben bzw. unten variieren könne.

In den 24 Stunden seien insgesamt 6.422 Kfz gezählt worden, darin enthalten seien 490 Lastkraftwagen und 320 Lastzüge.

Zu 2:

Weiterhin sei aus der Gesamtzählung die Nachtzeit (vom 01.03., 22.00 Uhr, bis 02.03.2007, 6.00 Uhr) besonders ausgewertet worden. Insgesamt seien in dieser Zeit 630 Fahrzeuge gezählt worden, darin enthalten seien 42 Lastkraftwagen und 58 Lastzüge.

Zu 3:

Nach Auskunft der Wirtschaftsförderung des Kreises Unna, welche eine Rücksprache mit der Firma DHL vorgenommen habe, würde sich eine Mehrbelastung zwischen 180 und 200 Lastkraftwagen innerhalb von 24 Stunden ergeben.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass ein Großteil dieser 180 bis 200 gen. Lastkraftwagen über den Schattweg und die Unnaer Straße auf die Bundesautobahn 1 abgewickelt werde.

Zu 4:

Einer Sperrung für den Lastkraftwagenverkehr, auch einer temporären, werde der Landesbetrieb Straßenbau NRW als Eigentümer der Straße nicht zustimmen. Nach Auskunft des Landesbetriebes handele es sich bei der Straße Werver Mark um eine Landesstraße mit überörtlicher Verkehrsbedeutung, die zudem als Autobahnumleitungsstrecke ausgeschildert sei.

Herr **Kemna** vertrat die Auffassung, dass Anträge auf eine temporäre Sperrung der Ortsdurchfahrt Werver Mark für Lastkraftwagen auch von anderen beteiligten Kommunen wie Unna und Bönen gestellt werden könnten. Seines Erachtens könne bei Ausschilderung einer Umleitungsstrecke temporär die Straße Werver Mark gesperrt werden.

Aus Sicht der CDU-Fraktion solle im Verbund mit den genannten Gemeinden ein entsprechender Antrag an den Landesbetrieb Straßenbau NRW gerichtet werden.

Frau **Müller** teilte mit, dass sie erfreut sei über den gelungenen Ausbau der Ortsdurchfahrt Werver Mark und das die SPD-Fraktion bereits seit Jahren eine Ortsumgehung für den Bereich Heeren-Werve beantrage.

Ihres Erachtens solle sich auch die CDU-Fraktion dieser Forderung anschließen, damit die gesamte Stadt Kamen mit einer Stimme sprechen könne, um beim Regionalrat stärker auftreten zu können.

Die Verwaltung, so Herr **Brüggemann**, sei auch der Auffassung, dass der Bau einer Ortsumgehung die optimalste Lösung darstelle.

Zu den von der Verwaltung vorgestellten Zahlen teilte Herr **Wilhelm** mit, dass ihm vom Landesbetrieb Straßenbau für die Werver Mark ein DTV-Wert von rund 11.000 Fahrzeugen genannt worden sei. Er würde gerne wissen, wie es zu der Diskrepanz zu den Zählungen der Verwaltung kommen könne.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Verwaltung wegen der Schlüssigkeit des Zählergebnisses einen Abgleich mit den Zahlen des Landesbetriebes Straßenbau NRW vornehmen werde.

Über das Ergebnis des Abgleichs mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW werde unter Umständen schon in der Anlage zur Niederschrift berichtet.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

5.2 Anfragen

5.2.1 Herr **Wilhelm** verwies auf den Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ in der Anlage der Einladung zur jetzigen Sitzung des Straßenverkehrsausschuss.

Es sei mitgeteilt worden, dass der Landesbetrieb Straßenbau NRW eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h pro Stunde auf einem Teilbereich der Straße Werver Mark abgelehnt habe, wo bisher eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 km/h ausgeschildert sei.

Seines Erachtens sei dies nicht so zutreffend, da ab dem Ortsausgangsschild am Werver Platz in Fahrtrichtung Südkamen auf den ersten 100 Metern 100 km/h gefahren werden könne. Erst anschließend sei dann eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h ausgeschildert.

Seine Anregung habe darauf abgezielt, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h bzw. 50 km/h bereits ab Ortsausgangsschild ausgeschildert werde.

Von Herrn **Brüggemann** wurde hierzu erwidert, dass dieses überprüft und in der Anlage zur Niederschrift beantwortet werde.

5.2.2 Ferner unterrichtete Herr **Wilhelm** die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass nach Fertigstellung der Baumaßnahme in der Ortsdurchfahrt der Straße Werver Mark noch einige Straßenbenennungsschilder sowie Hinweise auf Hausnummern fehlten. Er habe eine Liste zusammengestellt, auf der die fehlenden Hinweisschilder aufgeführt seien.

Von Herrn **Brüggemann** wurde Herr Wilhelm gebeten, die Liste an Herrn Koßmann weiter zu leiten, um sie jeweils den zuständigen Fachbereichen zuleiten zu können.

5.2.3 Weiterhin ging Herr **Wilhelm** auf die vom Kreis Unna aufgrund der Gefahrgutverordnung erlassenen Allgemeinverfügung zur Bestimmung des Fahrwegs für die Beförderung von gefährlichen Gütern ein. Seines Erachtens würden einige in der Allgemeinverfügung genannten Straßen für die Beförderung von gefährlichen Gütern nicht benötigt, weil andere Möglichkeiten bestünden.

Er frage an, warum die Allgemeinverfügung nicht im Straßenverkehrsausschuss erörtert werden könne, obwohl die Kreisverwaltung Unna die Verwaltung für das Stadtgebiet Kamen um Abgabe einer Stellungnahme ersucht habe.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass nicht jedes Thema auch zwangsläufig im Ausschuss zu erörtern sei. Im angesprochenen Fall handele es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

- 5.2.4 Herr **Knop** erfragte, ob
1. der Radweg nahe des Jägerweges und der Straße Hohes Feld für Radfahrer sicherer gestaltet werden könnte; und ob
  2. der Einmündungsbereich des Jägerweges wie der der Straße Hohes Feld auf die Wasserkurler Straße für den Radverkehr verkehrlich verbessert werden könnten.

Herr **Stahlhut** verwies zu 1. darauf, dass es sich bei dem Radweg entlang des Körnebaches um einen Schotterweg handele, welcher wohl öfters begradigt werden müsse.

Herr **Brüggemann** ergänzte hierzu, dass über den Radweg entlang des Körnebaches demnächst im Planungsausschuss eine Erörterung erfolgen werde.

Zu der Anfrage zu 2. teilte er mit, dass zur Verkehrssicherheit von Radfahrern und Fußgängern im Einmündungsbereich des Jägerweges ein Verkehrsspiegel angebracht worden und für den Verkehr aus der Straße Hohes Feld ein weiterer Verkehrsspiegel auf der gegenüberliegenden Fahrbahnseite der Wasserkurler Straße vorhanden sei.

- 5.2.5 Herr **Kaminski** verwies auf einen Presseartikel bezüglich der Forderung nach einem Kreisverkehr im Kreuzungsbereich Einsteinstraße/Lindenallee/Lortzingstraße/Robert-Koch-Straße. Er richte daher eine Anfrage an die SPD- sowie die CDU-Fraktion, ob diese denn den Bau eines Kreisverkehrs in diesem Bereich als erste Priorität wünschten.

Herr **Stahlhut** verwies in diesem Zusammenhang auf die vorliegende Prioritätenliste und teilte mit, dass der Wunsch nach dem Bau eines Kreisverkehrs in diesem Kreuzungsbereich in der Liste nicht auf den vorderen Plätze rangiere.

- 5.2.6 Weiterhin ging Herr **Kaminski** - wie bereits in der Sitzung am 21.03.2006 - auf den vorhandenen Fußgängerüberweg über die Lortzingstraße ein. Seines Erachtens sei seine letzte Anfrage nicht ausreichend beantwortet worden.

Zu dieser Anfrage betonte Herr Brüggemann, dass er es in der letzten Sitzung schon so verstanden habe, dass der Fußgängerüberweg über die Lortzingstraße gemeint gewesen sei. Er habe dies auch entsprechend beantwortet. Aus Gründen der Verkehrssicherheit sei die vorhandene Ausstattung von den Beteiligten der Signalschau so festgelegt worden. Die Ausstattung entspreche in etwa der des Fußgängerüberweges am Ostring.

- 5.2.7 Ferner wies Herr **Kaminiski** darauf hin, dass er in der letzten Sitzung um Überprüfung gebeten habe, ob von der Verwaltung ein Verkehrsspiegel an der Beethovenstraße zur besseren Übersicht auf die Robert-Koch-Straße angebracht werde.

Herr **Brüggemann** führte hierzu aus, dass dies bereits in der letzten Sitzung beantwortet worden sei.

- 5.2.8 Frau **Middendorf** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass ihr mitgeteilt worden sei, dass ein Teilbereich der Fahrbahn der Wasserkurler Straße zwischen T-Kreuzung Afferder Straße/Massener Straße und Kreuzung Jägerweg/Hohes Feld von Arbeiten des Lippeverbandes beschädigt worden sei.

Der Lippeverband plane, ein Teilstück der Wasserkurler Straße rechts und links der Brücke auszubessern.

Für den übrigen Bereich sei, wie ihr ebenfalls mitgeteilt wurde, eine Verständigung zwischen dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und dem Lippeverband vereinbart worden.

Sie bitte die Verwaltung zu klären, welche Bereiche der Wasserkurler Straße verbessert würden und wann dies geschehen werde.

Herr **Brüggemann** sagte eine Überprüfung und eine Beantwortung durch die Anlage der Niederschrift zu.

- 5.2.9 Herr **Grod** wies auf eine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit im Kreuzungsbereich Elsa-Brandström-Straße/Märkische Straße/Mittelstraße hin.

Pkw würden häufig vor dem in der Nähe der Kreuzung auf der Mittelstraße gelegenen Schreibwarengeschäft parken, wodurch eine schlechte Einsicht von der Elsa-Brandström-Straße in die Mittelstraße entstünde. Es böte sich an, hier ein Haltverbot auszuschildern, wie es bereits an der Elsa-Brandström-Straße ausgeschildert sei.

Von der Verwaltung wurde eine entsprechende Überprüfung zugesagt.

gez. Stahlhut  
Vorsitzender

gez. Grudnio  
Schriftführer

### Anlage

Anlage zur Niederschrift